

Erich Mielkes Rede vor der Volkskammer am 13. November 1989 geriet zu einem Desaster für die Staatssicherheit. Die Stasi-Angehörigen reagierten entsetzt und empfanden diese als zusätzlichen Schaden für die ohnehin bröckelnde Stellung des MfS.

Im November 1989 mussten SED und Staatssicherheit unter dem Druck der Bürgerbewegung immer weiter zurückweichen. Die Diktatur befand sich in einer offenen Krise. Davon blieb auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) nicht verschont.

Die innere Krise des Staatssicherheitsdienstes hatte schon früher begonnen. Nach dem Kurswechsel der SED Mitte Oktober wurde die Staatssicherheit zur Zurückhaltung verpflichtet. Währenddessen wurde die Bürgerbewegung immer breiter und ihre Forderungen radikaler. Da die "politische Offensive" der neuen SED-Führung offenbar gescheitert war, ergriff viele Stasi-Angehörige ein Gefühl der Sinnlosigkeit des eigenen Tuns.

Am 7. November 1989 trat der Ministerrat der DDR zurück, gezwungen durch die politische und gesellschaftliche Krise des Landes. Am Tag darauf legten auch die Mitglieder des Politbüros ihre Ämter und Funktionen nieder. Erich Mielke, der das Ministerium für Staatssicherheit 32 Jahre lang geleitet hatte, war damit arbeitslos. Sein Nachfolger wurde einer seiner Stellvertreter, Wolfgang Schwanitz. Das MfS selbst wurde in das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umgewandelt, das schließlich im März 1990 aufgelöst wurde.

Mielkes einzige Rede vor der Volkskammer ("Ich liebe doch alle") am 13. November 1989 quittierten die Abgeordneten mit Gelächter. Die Reaktion vieler Mitarbeiter der Staatssicherheit auf diese Vorstellung war schieres Entsetzen. Die SED-Kreisleitung distanzierte sich davon am folgenden Tag in einem Schreiben an alle Mitarbeiter. Das hatte es noch nicht gegeben, schon weil Mielke sich als Politbüro-Mitglied immer als das höchstrangige SED-Mitglied in der Staatssicherheit geriert hatte.

Die Leitungsmitglieder der SED-Grundorganisation im Chiffrierwesen (Hauptabteilung III) hatten eine ganze Liste von Kritikpunkten und guten Vorsätzen für die Zukunft. Mielke habe mit seinem Volkskammerauftritt das Ministerium "der Lächerlichkeit preisgegeben". Nach dem Vertrauensverlust in "die dienstliche Leitung und die Parteiführung des Ministeriums" wollten sie sich nun darauf besinnen, dass sie "Köpfe zum Denken haben und diese künftig wieder verstärkt gebrauchen".

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 5361, Bl. 40-42

### Metadaten

Diensteinheit: Parteiorganisation III, Datum: 15.11.1989 Grundorganisation 12 Rechte: BStU

Überlieferungsform: Dokument



BStU 000040

Parteiorganisation III Grundorganisation 12 Berlin, 15. November 1989

# Offener Brief der GO 12 an die Kreisleitung

In einer Zeit revolutionärer Volksbewegungen, in der ein Prozeß gesellschaftlicher Umwälzungen in Gang gekommen ist, die DDR sich im Aufbruch befindet, sich die Bevölkerung in kritischer und kämpferischer Aussprache befindet, darf die Grundorganisation 12 der Parteiorganisation III nicht abseits stehen. Wie unser Generalsekretär richtig feststellte, muß ein Signal gesetzt und auf die Genossen in der Grundorganisation gehört werden, die vor Ort eine wirklich große Arbeit leisten.

In diesem Sinne führten die Genossinnen und Genossen der Grundorganisation 12 am 14, 11, 1989 ihre Mitgliederversammlung in kritischer, selbstkritischer und kämpferischer Atmosphäre durch, Die Diskussion war geprägt von der Sorge um das Wohl und Wehe unserer Partei, des Sozialismus auf deutschem Boden und die Zukunft unseres Organs.

Durch die Möglichkeit des Auftritts des Abgeordneten Mielke am 13. 11. 1989 vor der Volkskammer unseres Landes hätte das Vertrauen des Volkes in seine Sicherheitsorgane ein kleines Stück wiedergewonnen werden können. Hätte, aber zu unserem Entsetzen wurde diese Chance nicht nur nicht genutzt, sondern unserem Ministerium wurde durch den eigenen Minister ein lebensgefährlicher Stoß, hoffentlich nicht der Todesstoß, versetzt! Anstatt von stundan als Mitarbeiter des MfS wieder mit erhobenem Kopf leben zu können, zwingt uns dieser Auftritt, den Kopf noch tiefer zu nehmen, wenn wir uns in der Öffentlichkeit bewegen. Unser Ministerium, dem die meisten Genossinnen und Genossen der GO 12 die besten Jahre und unzählige Freizeitstunden gegeben haben, wurde der Lächerlichkeit preisgegeben. "Die einen machen das und die anderen das andere."

In diesem Trauerspiel kommt unseres Erachtens nach die ganze Tragweite der Partei- und Regierungskrise unseres Landes zum Ausdruck, in der sich auch unser Ministerium befindet, geführt von einer sprachlosen Parteileitung und einem kaum handlungsfähigen dienstlichen Gremium, So überlassen wir Stück für Stück echten Feinden und Demagogen das Feld, gleich dem Bibelwort "Schlägt man Dich auf die linke Wange, halte Deine rechte hin".

Wir stellen uns besorgt die Frage, was wird, wenn wirkliche innere Feinde zum Angriff übergehen, Konterrevolutionäre! Was wäre in der jetzigen politischen und gesellschaftlichen Situation bei einer Aggression geschehen, wo wäre demn da die Handlungsfähig-keit unseres Ministeriums, die Schlagkraft, die bei allen möglichen und unmöglichen Anlässen immer wieder hervorgehoben wurde und von der jeder einzelne Genosse überzeugt war. Qualvolle

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 5361, Bl. 40-42

Blatt 40



8StU 000041

Wochen des Schweigens und stark eingeschränkter Handlungsfähigkeit von Spitzengehaltsempfängern unseres Ministeriums! Letztendlich sicherte doch nahezu nur der feste und unerschütterliche Klassenstandpunkt unserer Kämpfer im Ministerium, in den einzelnen Dienstbereichen die weitere Funktion. Und mit Stolz können und sollen wir darüber sprechen, daß in all dem Wirren, der Sprach- und Ratlosigkeit auf Chefetagen nur ganz wenige Genossen gekippt sind!

Aber eins bleibt: das Vertrauen in die dienstliche Leitung und die Parteiführung des Ministeriums ist sehr stark gestört und tief erschüttert. Wer oder was hinderte eigentlich den noch amtierenden Minister daran, sich ordentlich auf die Volkskammertagung am 13. 11. 1989 vorzubereiten? Wurde noch immer davon ausgegangen, daß die Abgeordneten der Volkskammer wie eh und je sich in schönster Harmonie und "Einigkeit" präsentieren würden und von den Ministern der scheidenden Regierung keine Rechenschaft verlangen würden und schon gar nicht vom Minister für Staatssicherheit? Soviel Naivität oder Ignoranz können wir uns eigentlich nicht vorstellen. Hieß es nicht erst lautstark bei jüngsten öffentlichen Auftritten leitender Kader, daß auch die Wende und die Erneuerung um das MfS keinen Bogen machen? Wo bleiben Wort und Tat??? Bleibt also mur die Hoffnung, daß mit diesem Trauerspiel das letzte Kapitel des Dramas beendet wurde!

Aus den Geschehnissen und Unterlassungen der letzten Tage und Wochen leiten wir folgende Schlußfolgerungen ab, die unseres Erachtens nach für eine Wiederbelebung aktiver Parteiarbeit, Massenverbundenheit und Wiedererlangung von Vertrauen unabdingbar sind:

1. Kein zweites Mal lassen wir uns zur Unmündigkeit verdammen, weder parteilich noch dienstlich. Wir sind gebildete Genossen, die Köpfe zum Denken haben und diese künftig wieder verstärkt gebrauchen und noch kritischer und selbstkritischer einsetzen werden als bisher. Der tiefe Mißbrauch, der mit unserer Disziplin, der Partei- und Dienstdisziplin, mit unseren Gefühlen und unserer Arbeitskraft von Leuten getrieben wurde, zu denen wir absolutes Vertrauen hatten, sitzt tief in unseren Herzen.

Niemals wieder darf absolutes, kritikloses Vertrauen in die führenden Repräsentanten zur Bedingung gemacht und von uns verlangt werden. Die "Unfehlbarkeit der Führung" hinterließ schon bei zu vielen Völkern tiefe Wunden und Narben, die zum Teil bis heute nicht völlig verheilt sind. Die Fehler und Versäumnisse unserer bisherigen Führung rächen sich heute für jeden Genossen unserer Partei und noch mehr für uns Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit bitter.

- 2. In diesem Zusammenhang verlangen die Genossinnen und Genossen der Grundorganisation 12 die Einsetzung einer unbelasteten und objektiv urteilenden Kommission, die
  - die Ursachen, die zum Entstehen der Partei- und gesellschaftlichen Krise geführt haben
  - Fragen des Macht- und Amtsmißbrauchs durch führende Reprätanten in Partei, Staat, Regierung und Ministerium

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 5361, Bl. 40-42

Blatt 41



000042

- Fragen ungerechtfertigter Privilegien und Aneignung materieller Werte im MfS, einschließlich der Hauptabteilung III

ermittelt, untersucht und vor den Mitarbeitern des MfS öffentlich beantwortet.

3. Einigkeit herrscht bei allen Genossinnen und Genossen, daß Errungenschaften von 40 Jahren nicht weggeredet, negiert werden dürfen. Auf viele Errungenschaften sind wir berechtigt stolz und lassen diese von Nichts und Niemandem antasten! Es steckt zu viel Mühe und Arbeit in diesen Werten, die es unter allen Umständen zu erhalten gilt!

Wir verfolgen jedoch mit Sorge und Unverständnis überstürzte Entscheidungen, wie etwa die Öffnung der Staatsgrenze und die damit verbundene reale Gefahr ökonomischer und finanzieller Ausblutung unserer Republik. Mit Unverständnis nehmen wir auch zur Kenntnis, daß die Genossen des Ministeriums für Staatssicherheit erst aus den elektronischen Medien über diese Entscheidung informiert wurden! Wo blieb das Sicherheitsdenken, wenn für Stunden alle Gesetze und Richtlinien de facto außer Kraft gesetzt waren? Wer zählte die Tränen der Mütter und Väter, deren Kinder sich – ohne Wissen der Eltern – in Westberlin und der BRD aufhielten, wer kann den moralischen Schaden wiedergutmachen, die Glaubwürdigkeit der Eltern in den Augen ihrer Kinder wiederherstellen? Heute Mittag war alles noch verboten, heute Abend aber plötzlich erlaubt?

Vor diesen Problemen standen zahlreiche Genossen unserer Grund-organisation!

4. Die Mitglieder der Grundorganisation 12 unterstützen aus vollster Überzeugung die Aktivitäten der Genossen Krenz, Modrow
und Schabowski zur Konsolidierung der Lage und werden alles
in ihrer Kraft stehende tun, diesen Genossen auch künftig den
notwendigen Rückhalt zu geben. Aus den Aktivitäten und dem
offensiven Auftreten dieser Genossen in der Öffentlichkeit
schöpfen unsere Genossen die Kraft und den Mut, den Kampf für
die Sieghaftigkeit des Sozialismus auf deutschem Boden mit
doppeltem Elan wieder aufzunehmen und zu führen.

Solche Genossen wünschen wir uns künftig an der Spitze der Partei- und dienstlichen Leitung der Schutz- und Sicherheitsorgane!

- 5. Wir begrüßen den Beschluß zur Einberufung eines Sonderparteitages und die Direktwahl der Delegierten von "unten" heraus. Damit wird ein Stück innerparteillicher Demokratie in der Praxis wirksam, das geeignet ist, das derzeitig stark gestörte Vertrauen in die Führungspitze der Partei wiederherzustellen.
- 6. Die Genossen der GO 12 schlagen vor, die Berechtigung zur Nutzung von personengebundenen Dienst-Kfz unter Beachtung der ökonomischen und finanziellen Situation der DDR zu überprüfen und nicht von Dienstgrad und Dienststellung, sondern von operativer Notwendigkeit abhängig zu machen. Überzählige Kfz sollten umgehend dem medizinischen Bereich, vornehmlich für die Realisierung ärztlicher Hausbesuche, zur Verfügung gestellt werden.

Leitung der GO 12

Signatur: BStU, MfS, HA III, Nr. 5361, Bl. 40-42